GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Nach den Wahlen : Frauenpolitik in Polen

Chouj, Boena

2006

https://doi.org/10.25595/510

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Chouj, Boena: *Nach den Wahlen : Frauenpolitik in Polen*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 15 (2006) Nr: 1, 111-114. DOI: https://doi.org/10.25595/510.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Verlag Barbara Budrich.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Nach den Wahlen: Frauenpolitik in Polen

Božena Chołuj

Seit den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2005 verändert sich die Frauenpolitik in Polen in einem solch rasanten Tempo, dass es kaum möglich ist, ihre Ziele eindeutig zu benennen oder ihre Auswirkungen für die Situation der Frauen im Land zu prognostizieren. Es lassen sich nur die aktuellen Entwicklungen beobachten, an denen sich eine gewisse Tendenz zur Re-Traditionalisierung von Geschlechterrollen im politischen Diskurs erkennen lässt. Die Frauen- und Geschlechterpolitik scheint von den politischen Parteien vor allem zur eigenen Profilierung genutzt zu werden, so dass immer klarer wird, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Amtszeit des Präsidenten Lech Kaczynski und der Regierungspartei PiS (Prawo i Sprawiedliwość, Recht und Gerechtigkeit) in unerreichbare Ferne rückt. Gleichstellung als ein integraler Bestandteil der Menschenrechte in einer modernen Demokratie interessiert keine der beiden Kammern – weder den Sejm noch den Senat. Auch die EU-Mitgliedschaft Polens spielt in diesem Punkt kaum eine Rolle, obwohl sie entsprechend der EU-Richtlinien zum Gender Mainstreaming auf nationaler Ebene verpflichtet.

Instrumentalisierung von Frauenthemen

Nach den letzten Wahlen ist die Zahl der weiblichen Abgeordneten von circa 23 auf 19% gesunken. Diese 19% werden vorwiegend von Frauen aus rechten Parteien gestellt, die bisher kein besonderes Interesse an Frauenfragen bekundet haben. Somit wird die Frauenpolitik gegenwärtig ausschließlich durch männliche Politiker bestimmt, was auch dadurch nicht verändert wird, dass es eine Frauenbeauftragte im Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik und eine Beraterin in Frauen- und Familienangelegenheiten im Büro des Ministerpräsidenten gibt. Die heftigen Debatten von männlichen Politikern – sogar der Parteiführer – über Frauenfragen erinnern an die intensiven Diskussionen, die ihre Kollegen unmittelbar nach der Wende von 1989 vor der Verabschiedung des Abtreibungsgesetzes geführt haben. Die Intensität der Debatten zeugt davon, dass sich auch die aktuelle politische Führung über Frauenfragen zu positionieren sucht. Wie nach 1989 scheint es um die Etablierung einer neuen politischen Macht zu gehen, die mit neuen Symbolen und Werten abgesichert werden muss. Dies kam im Wahlkampf auch durch die PiS-Losung einer neu zu schaffenden „Vierten Republik“ zum Ausdruck. Die rechten Parteien verstehen darunter eine radikale Abrechnung mit dem Kommunismus und mit der Machtverflechtung der Postkommunisten in Politik und mit der Wirtschaft nach der Wende. Denn die mangelnde Auseinandersetzung mit der politischen Vergangenheit der Volksrepublik Polen belastet das öffentliche Leben nach wie vor, da sie bisher auf Regierungsebene vollkommen tabuisiert wurde. Die TransformationsverliererInnen versprechen sich von einer sol-

chen Auseinandersetzung und den sich daraus möglicherweise ergebenden radikalen Reformen aber, dass sich ihre soziale Lage entweder verbessert oder wenigstens eine gerechte Bestrafung derer erfolgt, die die Verarmung der Gesellschaft herbeigeführt haben. Das bedeutungsträchtige Stichwort „Solidarisches Polen", das sich die PiS im Wahlkampf auf die Fahnen geschrieben hatte, signalisiert, dass diese Partei insbesondere die Benachteiligten der ökonomischen Transformation ansprechen wollte. Dieses Programm zählt bezeichnenderweise auch die Frauen zu den Transformationsverlierern – jedoch nicht im Sinne der Frauen-NGOs, die sich seit Jahren für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt entsprechend der EU-Richtlinien eingesetzt haben.
In einem Artikel für die *femina politica* über die Situation von Frauen in Polen nach der Wende von 1989 schrieb ich:

> „Darüber hinaus wurden die Frauen oftmals zur Projektionsfläche der sich neu etablierenden Macht, die sie nicht als politische Subjekte wahrnehmen wollte. Abgeordnete zeigten mit ihrem Verhältnis zur Frauenfrage allzu gern ihre Abneigung gegen den Kommunismus und setzten sich für ein traditionelles Familienmodell ein." (Chołuj 2004, 97)

Diese Ausführungen bezogen sich auf die Debatten im polnischen Parlament zur Abtreibungsfrage, die 1993 zur Verabschiedung eines Abtreibungsgesetzes im Sejm führten, das trotz mehrerer Novellierungen zu den restriktivsten Abtreibungsgesetzen in Europa gehört. Dieses Mal wurde die Frauenfrage nach den Parlamentswahlen 2005 jedoch nicht mehr über das Abtreibungsthema ins Spiel gebracht, da dies ganz im Sinne der rechten Parteien gehandhabt wird. Vielmehr ging es nun um die einmalige finanzielle Unterstützung von gebärenden Frauen, mit der man die Geburtenrate in Polen zu erhöhen gedenkt. Zur Debatte stand also nicht mehr das Recht von Frauen auf eine selbstbestimmte Entscheidung über ihren Körper, sondern im Zeichen des demografischen Wandels drehte sich die Auseinandersetzung um Familienpolitik und die zunehmende Alterung der Gesellschaft.
Im Gegensatz zu den Parteien Anfang der 1990er Jahre muss die PiS als rechte Partei nicht unter Beweis stellen, dass sie mit dem Kommunismus nichts zu tun hat. Daher drängt sich die Frage auf, warum die neue Regierung bereits zu Beginn ihrer Regierungszeit anstelle der brennenden ökonomischen Probleme so intensiv Frauenthemen behandelt hat.

Aktuelle frauenpolitische Maßnahmen

Eine der wichtigsten frauenpolitischen Entscheidungen war die Auflösung des Büros der Gleichstellungsbeauftragten, das zunächst die Ministerin Izabela Jaruga-Nowacka und danach die Ministerin Magdalena Sroda geleitet hatten. Die Begründung lautete, dass die Regierung im Wahlkampf Sparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung versprochen habe. Stattdessen wurde – wie erwähnt – die Stelle für Frauen-

angelegenheiten revitalisiert, die Joanna Kluzik-Rostkowska zugesprochen bekam. Eine weitere Entscheidung des polnischen Parlaments betraf das *becikowe*, d.h. jene einmalige finanzielle Unterstützung jeder Frau für die Geburt eines Kindes mit 1000 Zloty (ca. 260 Euro). Der Name dieser Unterstützung ist von *becik* (Steckkissen für Babys) abgeleitet. Dabei ergaben sich heiße Diskussionen über die genaue Summe der Unterstützung nur zum Teil aus den Wahlversprechungen der Siegerpartei: Weitaus wichtiger war die Konsolidierung der rechten Parteien, mit der die Machtposition der PiS gestärkt wurde. Denn die neue Regierung besteht trotz der Hoffnung vieler WählerInnen nicht aus der möglichen Mehrheitskoalition der PiS mit der Bürgerplattform PO (Platforma Obywatelska), die sich als liberale Partei einen Namen gemacht hat. Diese Koalition hat die PO bis heute abgelehnt, da die PiS sofort alle Schlüsselpositionen im Staat übernahm. Angesichts der mangelnden Bereitschaft zu politischen Kompromissen auf beiden Seiten wurde schließlich eine Minderheitsregierung gebildet, die neben der PiS von der ultrarechten Partei Liga Polskich Rodzin (LPR, Liga Polnischer Familien) und der populistischen Partei Samoobrona (Selbstschutz) unterstützt wird. Diese zwei zuletzt genannten Parteien konnten sich über das intensiv diskutierte Thema Mutterschaftsgeld relativ schnell verständigen. Sogar die PO konnte sich schließlich dieser Entscheidung nicht widersetzen, weil es bedeutet hätte, dass sie gegen die Unterstützung vieler bedürftiger Mütter und Familien ist. Auf diese Weise konnte sich die PiS, die ursprünglich mit den beiden politisch sehr umstrittenen rechten Parteien nicht zusammenarbeiten wollte, mit dem *becikowe* im Sejm neu positionieren und das Misstrauen der beiden Parteiführer Giertych (LPR) und Lepper (Samoobrona) schnell überwinden. Die Frauenfrage diente also erneut zur Lösung von Koalitionsproblemen im Sejm und nicht zur Verbesserung der Situation von Familien oder Frauen, die Kinder auf die Welt bringen. Eine einmalige Auszahlung von 1000 Zloty ist keine strukturorientierte Familienpolitik. Dennoch hat diese Maßnahme in der öffentlichen Wahrnehmung einen symbolischen Wert, so dass sie zwar belächelt, aber nicht grundsätzlich kritisiert wird. Solch eine frontale Kritik wagen nicht einmal die Frauen-NGOs.

Eine weitere Entscheidung, die getroffen werden soll, ist die Rückkehr zu einem längeren Mutterschaftsurlaub, damit – so die Begründung – die Kinder länger in der Obhut ihrer Mütter bleiben können. Nur gelegentlich wird darauf hingewiesen, dass diese Entscheidung erst in Kombination mit spezifischen Maßnahmen zur Integration von Müttern in den Arbeitsmarkt einen Sinn macht. Dem liegt die alte Frage zugrunde, ob Frauen mehr Kinder auf die Welt bringen, wenn sie erwerbstätig sind oder aber wenn sie mehr familienpolitische Leistungen erhalten. Beide Aspekte werden nicht zusammengedacht, da man sich vor allem am Vater als Hauptverdiener der Familie orientiert.

Bei all diesen Vorhaben und Entscheidungen werden die Frauenorganisationen nicht beteiligt. Es wird zwar angedeutet, dass der polnische Senat die NGOs einbeziehen möchte, aber es bleibt unklar, welche Rolle sie dabei konkret spielen sollen. In Frau-

en- und Familienfragen soll Hanna Wujkowska, die als Anhängerin von Radio Maryja gegen Abtreibung, Empfängnisverhütung und künstliche Befruchtung plädiert, den Ministerpräsidenten Marcinkiewicz beraten.

Frauenfragen zwischen Kirche und staatlicher Sparpolitik

Insgesamt zeichnet sich im politischen Diskurs der letzten Monate eine radikale rhetorische Veränderung bei Frauenthemen ab. Die Regierung ist bemüht, nichts zu verbieten, sondern Lösungen anzubieten. Allerdings bleiben die Entscheidungen unzureichend: Auf der einen Seite werden sie eng mit christlichen Werten verbunden, auf der anderen Seite unter den Vorbehalt der Finanzierbarkeit durch den Staat gestellt. So will die Regierung das Abtreibungsgesetz trotz des Drucks der LPR und des Erzbischofs Michalik nicht verschärfen, und bietet den gebärenden Frauen *becikowe*. Sie kritisiert weder den Feminismus noch berufstätige Frauen, sondern will einen längeren Mutterschaftsurlaub einführen. Sie lässt das Büro der Gleichstellungsbeauftragten auflösen und schafft gleichzeitig die Stelle für Frauen- und Familienangelegenheiten. Sobald jemand eine offene Sprache zu sprechen wagt, wie es vor kurzem die Finanzministerin Zyta Gilowska tat, als sie öffentlich betonte, dass der Staat Familien nicht finanziell unterstützen kann, wird heftige Kritik der Regierung laut. Nimmt man aber Gilowskas Erklärung ernst, erscheinen alle anderen Entscheidungen der Regierung als Konsequenz einer politischen Denkrichtung, in der Frauenfragen nur partiell oder sogar nur symbolisch gelöst werden. Je nach aktueller Machtkonstellation stellen frauenpolitische Themen somit weiterhin vor allem das Verhandlungsobjekt von Regierung, Parteien und Kirche dar.

Literatur

Chołuj, Božena, 2004: „Zwischen Staat, Kirche und Frauenbewegung. Die frauen- und geschlechterpolitische Entwicklung in Polen nach 1989“. *femina politica*. 13. Jg. H. 2, 96-100.